

Jugend braucht Chancen!

Mit verlässlichen und flexiblen Hilfen Zukunft sichern – für und mit Jugendlichen.

Fünf zentrale Forderungen zur NRW-Landtagswahl 2022 - Arbeitsfeld Arbeit/Arbeitslosigkeit

1. Flächendeckend ganzheitliche Angebote für alle Jugendlichen am Übergang Schule-Beruf aufbauen und sichern

- a) Die nächste Landesregierung muss dafür sorgen, dass flächendeckend Angebote und vorhanden sind und ineinandergreifen, um allen jungen Menschen umfassende Chancen am Übergang Schule-Beruf zu ermöglichen. Insbesondere müssen die jungen Menschen verstärkt in den Blick genommen werden, die über keinen oder einen formal niedrigen Schulabschluss verfügen und auch durch die Regelsysteme nicht oder unzureichend erreicht werden. Angebote müssen an die individuellen Bedarfe der Jugendlichen und die regionalen Gegebenheiten flexibel angepasst werden können.
- b) Die Landesregierung soll Angebote und Projekte zur aufsuchenden Arbeit erleichtern. Dazu gehört, den Ausbau der „Förderung schwer zu erreichender junger Menschen“ (§ 16 h SGB II) verstärkt in den Blick nehmen und die Jobcenter in NRW darin zu bestärken, die in diesem Gesetz liegenden Chancen unbürokratisch umzusetzen (z.B. Anwendung von Zuwendungsrecht statt Vergaberecht).
- c) Zum Ende des Schuljahres findet mit den „unversorgten“ Schüler*innen der 10. Klassen eine Beratung statt. Wir fordern, damit in Zukunft früher zu beginnen. Die nächste Landesregierung soll ein besseres Monitoring-System implementieren, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen nach Verlassen der Schule wirklich „versorgt“ sind. Maßnahmen zur Unterstützung der „unversorgten“ Jugendlichen können daran ausgerichtet werden.

2. Integration von jungen (geduldeten) Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit stärken

Wir fordern die nächste Landesregierung auf, die Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ zur Stärkung der beruflichen Integration von jungen (geduldeten) Geflüchteten fortzusetzen und dafür weitere Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Dies gilt insbesondere für das Coaching sowie bekannte und innovative Maßnahmen zur ausbildungsvorbereitenden und ausbildungsbegleitenden berufsbezogene Sprachförderung. Die Landesregierung soll in enger Abstimmung mit den Kammern und anderen Partnern im Ausbildungskonsens Initiativen zur modularen Anerkennung von beruflichen Teilqualifizierungen voranbringen.

3. Wohnen und Mobilität für junge Menschen verbessern

Wir fordern die nächste Landesregierung auf, die Mobilität von jungen Menschen zu verbessern sowie insbesondere Wohnraumangebote für Auszubildende auszubauen. Ausbildungs- und Arbeitsstellen können nicht unabhängig vom „Wohnen“ betrachtet werden, insbesondere vor dem Hintergrund der Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt. Unterstützung in Form von (sozialpädagogisch begleiteten) „Ausbildungswohnheimen“ und mit Semestertickets vergleichbare Azubi-Tickets stellen gute Unterstützungsformen da.

4. Bürokratie verringern und Maßnahmen optimieren, um Corona Folgen abzufedern

- a) Wir fordern die Landesregierung auf, eine deutlich niederschwelligere Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Rechtskreisen, mit den Ministerien und den Akteuren auf kommunaler Ebene zu ermöglichen und zu intensivieren. Dazu gehört auch die unbürokratische Klärung von Zuständigkeiten bzgl. der Finanzierung.
- b) Für mehr Zeit mit den Jugendlichen fordern wir weniger Bürokratie und Verwaltung in den Maßnahmen.
- c) Da die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Corona Pandemie besonders leidet, fordern wir mehr Ressourcen für die psychologische Begleitung der Jugendlichen.
- d) Wir fordern die Rahmenbedingungen für Maßnahmen so anzupassen, dass es möglich wird, „Betreuungsteams mit unterschiedlichen Schwerpunkten“ zu implementieren.

5. Alle Jugendlichen haben ein Recht auf digitale Teilhabe

Wir fordern die Landesregierung auf, im Sinne der Digitalstrategie NRW (benachteiligen) Jugendlichen in Berufsschulen, schulischen Fördermaßnahmen und in der (außerbetrieblichen) Ausbildung die nötige technische Ausstattung (Hard- und Software) für die Lern- und Bewerbungsprozesse unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

Begründungen und Hintergrundinformationen

Zu 1) Flächendeckend ganzheitliche Angebote für alle Jugendlichen am Übergang Schule-Beruf aufbauen und sichern

Schon vor der Corona Pandemie zeigte sich, dass ein konstanter Teil der jungen Erwachsenen (13-14% der Gesamtzahl) ohne formale Qualifikation bleibt. Im Jahr 2018 verfügten nach den Daten des Mikrozensus 14,4% der jungen Menschen zwischen 22 und 34 Jahren in Deutschland über keinen Berufsabschluss. Erfahrungen aus der Praxis (z.B. durch die aufsuchende Arbeit im Rahmen von „Aufholen nach Corona“) zeigen, dass sich die Situation verschärft hat. Viele Jugendlichen geraten nach dem Schulabbruch aus dem Blick der Akteure am Übergang Schule-Beruf. Bisher gibt es nur wenige politische Ansätze dazu, wie man die Jugendlichen anschließend wieder erreichen kann. Um Schulabbrüche zu vermeiden, sollen auch präventive Ansätze forciert werden.

Zu 2) Integration von jungen (geduldeten) Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit stärken

Die Initiative Durchstarten in Ausbildung und Arbeit endet spätestens Mitte 2023. Einer von sechs Bausteinen, („Teilhabe-Management“) soll im Kommunalen Integrationsmanagement aufgehen. Offen ist, wie andere wichtige Hilfen für junge (geduldete) Geflüchtete danach in NRW weiter organisiert und finanziert werden. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung lässt zwar hoffen, dass bundespolitische Weichenstellungen nicht ausbleiben, etwa die Öffnung von Integrationskursen, Einstiegsqualifizierung, ausbildungsbegleitenden Hilfen etc. Doch es ist unwahrscheinlich, dass die erforderlichen gesetzlichen Regelungen wirklich bis Mitte 2023 verabschiedet und in Kraft getreten sind. In NRW wurden gerade mit dem Coaching (Baustein 1) und dem Innovationsfonds (Baustein 5) sehr gute Integrationserfolge erzielt; doch auch Angebote zur berufsbegleitenden Qualifizierung und Sprachförderung (Baustein 2) und ausbildungs- und berufsvorbereitende Kurse (Baustein 4) dürfen nicht einfach ersatzlos wegbrechen.

Zu 3) Wohnen und Mobilität für junge Menschen verbessern

2020 schreibt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) zur regionalen Mobilität von jungen Menschen, dass es ein Passungsproblem zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt gibt und die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsplätze stark anwächst. Neben einer größeren beruflichen Flexibilität gilt vor allem eine höhere regionale Mobilität der Ausbildungsinteressierten als maßgeblicher Faktor zur Lösung des Passungsproblems. Mobilität muss für benachteiligte Jugendliche im Übergangssystem und in (außer)betrieblichen Ausbildungen auch in der Praxis gefördert werden. Diese Zielgruppe benötigt Unterstützung zur Bewältigung von Problemen im Lebensalltag sowie eine begleitete Heranführung an eine selbstständige Lebensweise.

Zu 4) Bürokratie verringern und Maßnahmen optimieren, um Corona Folgen abzufedern

- In der Praxis zeigt sich, dass die verschiedenen Akteure in den Rechtskreisen SGB II, III und VIII, aber auch IX (Jobcenter, Kommunen, Agentur für Arbeit, Reha-Träger) oft wenig über die Aufträge und die Möglichkeiten der anderen wissen. Ein enger Austausch fördert zielführendes Handeln und die Anpassung der Angebote im Sinne der unterschiedlichen Bedarfe der Jugendlichen.
Vor allem im Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung entkoppeln sich Jugendlichen aus dem System, tauchen ab und sind danach nur noch schwer auffindbar. Hier muss das Ministerium für Schule und Bildung und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW eng miteinander arbeiten. Es darf keine Lücke aufgrund von „versäulten“ und abgegrenzten Zuständigkeiten entstehen.
- Immer mehr Maßnahmen benötigen mehr Zeit für Dokumentation und Administration (bspw. wegen ihrer Abrechnungsmodalitäten). Das verkürzt die Zeit, die Sozialarbeiter*innen für eine wirkungsvolle Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen bleibt.
- Die Corona-Pandemie hat durch geschlossene Schulen, Sportangebote und Kontaktbeschränkungen die psychischen Belastungen und Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen verstärkt. Laut der COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (Herbst 2021) empfinden 1/3 der Kinder und Jugendlichen eine eingeschränkte Lebensqualität. Davor lag die Zahl bei 1/5. Dem Bedarf an psychologischer Unterstützung für Jugendliche im Übergang Schule-Beruf muss mit deutlich mehr und engerer Begleitung in den Maßnahmen entgegengekommen werden.
- Betreuungsteams ermöglichen eine neue, verbesserte Form der Umsetzung von Maßnahmen. Beziehungen zwischen einem Team und den Jugendlichen sind zu bevorzugen, da so auch bei Personalwechsel eine Bindung bestehen bleibt (Stichwort Stabilität). Außerdem ist eine Vertretung z.B. in Urlaubs- und in Krankheitsfällen einfacher und effizienter zu gewährleisten, denn das gesamte Betreuungsteam hat einen Überblick über die individuellen Bedarfe der Jugendlichen in den Maßnahmen.

Zu 5) Alle Jugendlichen haben ein Recht auf digitale Teilhabe

In der NRW-Digitalstrategie heißt es, dass die Ausstattung und Infrastruktur der Schulen vergleichbare Lern- und Arbeitsbedingungen für alle Schüler*innen gewährleisten müssen. Die Landesregierung macht deutlich, dass es keine digitale Spaltung der Gesellschaft geben darf. Auszubildende sowie jungen Erwachsenen, die sich in einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung befinden, müssen eine digitale Grundausstattung zur Nutzung auch in der eigenen Häuslichkeit zur Verfügung gestellt bekommen.